

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 38 (1948)

Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDschau

Stillhalte-Abkommen

— Als erster Unterzeichner des befristeten Abkommens über Preise und Löhne ergreift der schweizerische Bauernverband die Initiative zur Verwirklichung eines Vermittlungswerkes, das weittragende Folgen haben kann. Die Vorbereitungen, unter welchen die Landwirtschaft dem Bundesrats-Entwurf zustimmt, wollen aber gut studiert sein. Es wird festgestellt, dass man bärlicherseits darauf verzichte, die eigenen Einkommensverhältnisse auf die «vorderste Linie» zu bringen, also jenen der am meisten begünstigten Erwerbsgruppen anzugeleichen. Mit andern Worten: Wenn die Landwirtschaft sich heute bereit erklärt, bis zum Ablauf der heute zu vereinbarenden «Stillhaltefrist», das ist im künftigen Oktober, keine neuen Preisforderungen zu erheben, so bringt sie ein Opfer. Für die andern Partner des Abkommens mag dies als Mahnung dienen; die Gewerkschaften und Unternehmerverbände dürften ihrerseits auf Bedingungen verzichten, die sich womöglich gegen die Bauern wenden würden; von den Arbeitern, die noch nicht die volle Teuerungszulage erstritten haben, heisst dies: Macht nach und geduldet euch!

Die Landwirtschaft macht aber auf weitere Momente aufmerksam, die nicht direkt ins Abkommen gehören, ihm aber den Sinn nehmen könnten, falls man sie nicht beachten wollte. Es ist beispielsweise die Rede vom rücksichtslosen Anwerben landwirtschaftlichen Personals für die Industrie; wenn die Bauernknechte und Mägde in die Fabriken abwandern, werden die Löhne, die der Bauer zu zahlen hat, naturgemäß immer höher; er muss, um auch nur die notwendigsten Kräfte zu gewinnen, mit der hochzahlenden Industrie in Wettbewerb treten; selbstverständlich verändert dies die Grundlagen seiner Betriebsrechnung zu seinen Ungunsten. Kann er nun seine Mehrkosten nicht auf Milch und Milchprodukte, auf Fleisch und Kartoffeln, auf Obst und alles andere, was er verkauft, schlagen, dann ist er mit dem «Stillhalten» der Gefüllte.

Im übrigen wehrt sich der Bauernverband gegen die Gelüste, welche nach Preissenkungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse rufen.

Wenn schon «Stillhalten», dann auch wirklich! Also dass nicht etwa in den neun zu vereinbarenden Friedensmonaten, während welcher die heute geltenden Preise nicht erhöht werden dürfen, irgendwo begonnen würde, diese Geltung nach unten zu verändern. Mit andern Worten: Die Landwirtschaft möchte auch geschützt werden gegen Entwicklungen, die man im heute vorliegenden Abkommen gar nicht im Auge hat: Gegen die Tendenzen eines von irgendwoher kommenden Preisabsinkens. Noch scheint es unwahrscheinlich, dass ein solches Absinken von den internationalen Marktverhältnissen her veranlasst werden könnte. Wenn aber doch, dann möchten die um ihre Konkurrenzfähigkeit besorgten Industrien loyal sein und nicht geflissentlich mithelfen, das Bauerneinkommen zu schädigen. Die Frage, welche damit von der Landwirtschaft aufgerollt wird, weist über die Fristen des Abkommens weit hinaus und schlägt in den grossen Komplex der noch nicht richtig in Angriff genommenen, aber von den Bauern sehnlichst erwarteten Schutzgesetzgebung für die Landwirtschaft.

Amerikanisch-englische Offensive

Kaum haben die Russen im «alliierten Konsortium» zu Berlin, der nach dem Potsdamer-Abkommen als oberste Behörde für das besetzte deutsche Reich gilt, gegen die Massnahmen der West-Alliierten heftig protestiert, kaum haben sie mit der gleichen Konsequenz wie bisher verlangt, dass die «Bi-Zone» der Anglo-Amerikaner aufgelöst werde und dass auf die Einsetzung eines deutschen Wirtschaftsrates für diese vereinigten Zonen verzichtet werden müsse, so folgt von Seiten der Angelsachsen ein scharfer Gegenangriff.

Zunächst hat Amerika begonnen, Dokumente aus der Zeit des Stalin-Hitler-Bündnisses zu veröffentlichen. Angeblich wurden diese Dokumente von den Armeen Amerikas und Englands in Berlin und anderswo erbeutet. Aber selbstverständlich wussten die Regierungen in London und Washington längst darum. Sie heute zu veröffentlichen, bedeutet also keine «entrüstete Reaktion auf eine fatale Entdeckung», sondern eine Massnahme, um die öffentliche Weltmeinung zu bearbeiten. «Die alliierten und assoziierten

Nationen» sollen wissen, was damals zwischen den beiden Diktatoren ausgemacht wurde. Sie sollen erfahren, welche Ziele die Russen sich damals steckten. Und... welche Ziele sie sich offenbar auch heute noch stecken!

Über die Einzelheiten der Veröffentlichung ist man nur ungenügend unterrichtet. Man hat dazu festgestellt, dass noch weitere und bösere Dokumente in der Hinterhut gehalten werden. Nun sind aber die bekannt gegebenen Tatsachen ebenso wie die noch unbekannt gebliebenen gar nicht die Haupttatsache. Es ist die Veröffentlichung an sich, welche aufhorchen lässt. Die Welt wird daran erinnert, dass sie zwischen dem Hitler-Ueberfall auf Polen, dem russischen Griff nach den Ostseeprovinzen und danach auf Ostpolen, während des russisch-finnischen Winterkrieges und dann die langen, bangen Monate bis zum Juni 1941 beständig unter dem Altdruck eines geheimen Welt-Teilungsplanes zwischen Nazismus und Bolschewismus gelebt.

Bei den Regierungen wisch dieser Druck erst, als Hess nach England flog und Churchill so etwas wie ein Bündnis gegen Moskau vorschlug, was Churchill vor dem Unterhause mit dem Satze bekanntgab, man habe Erstötliches erfahren!

In den neuesten Veröffentlichungen scheint man vorerst auf die Pläne hinzuweisen, die hinlänglich bekannt sind: Hitler wollte Stalin gegen das Schwarze Meer, gegen den Iran und gegen Indien manövriren und behielt sich offenbar den Landangriff durch die Türkei gegen den Suezkanal und Ägypten vor. Dass damals auch an ein Zusammengehen mit Franco und an eine «Zange gegen Nordafrika» gedacht wurde, sei nur nebenbei erwähnt. Auf die westliche Welt muss es heute wie eine Erinnerung an die furchtbarste Gefahr wirken, die damals fast zwei Jahre lang über der Welt hing, zumal auch die Japaner ihren Angriff vorbereiteten. Und auch daran wird man sich in den USA. erinnern, dass man zu jener Zeit nicht gerüstet, noch kriegsbereit war, und dass kaum das Bewusstsein erwachte, die völlig allein kämpfenden Engländer müssten unterstützt werden.

Im Lichte dieser Veröffentlichung aber wird dem Westen auch aufs neue klar gemacht, warum Stalin und das russische Volk nach 1941 geradezu in den Rang eines brüder-

Frankreichs Stellung

(Schluss von Seite 109)

sitzhalten, coûte que coûte: Viet-Nam hat Tausende von Legionären und Franzosen gekostet und die Entwicklungen in Palästina, von wo das Feuer nur allzuleicht nach Nordafrika springen kann, scheinen Abd el Krim recht zu geben und auf kommende Ereignisse hinzuweisen, deren Grösse Frankreich heute sehr fürchtet. Der Sultan von Marokko, ein kluger und gescheiter Kopf, verlangt heute nicht mehr und nicht weniger als eine vollständige Neuregelung der «marokka-

nischen Frage», und jedes Kind weiß, was damit gemeint ist. Ein diesbezüglicher Brief an Frankreichs Ausserminister ist vor einiger Zeit zufällig durch einen Bürodiener auf dem Schreibtisch des Ausserministers gefunden worden — nebenbei gesagt: Was hat ein Bürodiener in der Post eines Ausserministers zu suchen?

Die Zeiten, da Kolonien vom Mutterland aus regiert worden sind, sind vorüber und der Nimbus des weissen Mannes und seiner grossen Macht ist zerschlagen — zerschlagen durch den weissen Mann selbst. Vielleicht haben auch die Chinesen Spenglers Buch

vom Untergang des Abendlandes gelesen, man weiß das nicht so genau. General Juin, der in Marokko Ordnung schaffen sollte, wird in Paris ausserordentlich interessierte Zuhörer finden, und gespannter noch als die Franzosen selbst werden die Eingeborenen Nordafrikas die kommenden Verhandlungen verfolgen. Der für Palästina proklamierte Heilige Krieg gilt im Grunde genommen nicht nur für Palästina, sondern für alle moschmedanischen Länder, die heute noch unter Fremdherrschaft stehen und welche nach Ansicht einiger verknöcherter Leute das einzige richtige sein soll. Wenn ein Volk für die

Freiheitskämpfe anderer Völker Verständnis haben sollte, so gerade die Schweiz, die ebenfalls ihre Selbständigkeit nur deshalb erreichen und erhalten konnte, weil sie sich die Fremden vom Halse schaffte, wenn sich dazu Gelegenheit bot. Für derartige Angelegenheiten dürfte sobald keine günstigere Zeit kommen als die jetzige: Trotz Marshallplan und Konferenzen ist die Tatsache nicht zu verborgen, dass Europa flach am Boden liegt und eine Fassade unterhält, hinter der eine bittere und armeselige Wirklichkeit lebt, die durch Militärparaden nicht verschönert werden kann.

J. H. M.

lichen Verbündeten aufrückten: *Moskau war den hitlerschen Bündnisversprechungen nicht gefolgt*, hatte Iran und die Türkei nicht überfallen, war nicht in den uferlosen indisch-asiatischen Raum vorgestossen, hatte sich Hitler verdächtig gemacht und war so zum Opfer seines Misstrauens und Zornes geworden. Vom 22. Juni 1941 bis zum Einzug in Berlin wuchsen die Chancen Russlands und seiner neuen Staatseinrichtungen, die sich in ihrem militärischen Widerstand so glänzend zu bewähren schienen, immer mehr. Es brauchte wahrlich nichts mehr, als dass Stalin dieser so freundlich gesinnten Welt seine Friedensliebe bewies, um überall die Herzen der «Bourgeois und Proletarier» gleichzeitig zu erobern. Dass heute Amerika mit der Veröffentlichung jener fatalen Abmachungen von 1939 beginnt, zeigt, wie restlos Moskau alles vertan hat, was es zwischen 1941 und 1945 gewonnen. Nichts zählt mehr, nicht die kriegswendende Schlacht um Stalingrad, nicht die gewaltigen Leistungen der darauf folgenden vier Winter-Offensiven und Sommerschlachten.

Bevins berühmte Unterhausrede, die einen Tag nach dem Beginn der amerikanischen Veröffentlichungen gehalten wurde, bezeichnet die zweite Phase der britisch-amerikanischen Offensive. Man muss sich, um sie richtig zu würdigen, vor Augen halten, dass seit dem Scheitern der letzten Londoner-Aussenminister-Konferenz von westlicher Seite nicht mit einem Worte mehr die Rede war von neuen Versuchen, sich an den Vertragstisch zu setzen und über den Staatsvertrag mit Österreich und den Frieden mit dem deutschen Reiche zu verhandeln, und dass ebenso wenig von Fristen und Daten über die Ansetzung der Friedensverhandlungen mit Japan geredet wurde. Genau so wie man «Kriege ohne Kriegserklärungen» beginnt, beendet man Kriege ohne Friedensverträge... so scheint es. Die Machtverhältnisse, wie sie sich nun einmal herausgebildet haben, werden einfach stabilisiert, und auf beiden Seiten versucht man, sich zu sichern gegen alle Versuche, diese Machtverhältnisse zu verschieben.

Der Hauptinhalt der Bevin-Rede geht denn auch einfach darauf hinaus, dass offen die Bildung eines Westblocks gefordert wird. Es ergeht an die «Benelux»-Länder die Aufforderung, sich dem zwischen Frankreich und England abgeschlossenen «Dünkirchen-Bündnis» anzuschliessen. Irgendwie ungeschickt, aber durch die amerikanische Politik bedingt, wird dieser Zusammenschluss mit dem Marshall-Hilfsplan motiviert und zusammengekoppelt. Es wäre für alle Beteiligten einfacher zu wissen, dass die Amerikaner-Hilfe eine Sache, die politische Blockbildung eine andere Sache sei. Vor allem werden die nordischen Staaten, die sich mit voller Konsequenz von jedem Anschluss an den Ost- oder Westblock fernhalten wollen, an den wirtschaftlichen Leistungen Amerikas irre. Man erkennt, dass sie «politisch gemeint» sind. Man glaubt zu erkennen, dass die USA den Westen einfach deswegen aufrichten, weil sie ihn «aufrüsten» wollen. Die Konsequenzen gehen übrigens noch weiter: Was die USA. in Griechenland begonnen haben, wollen sie in ungeheuer vergrößertem Massstab im gesamten Westen weiterführen: Die

Stützung der heutigen Systeme und Regierungen gegen jeden Angriff des Kommunismus, komme er nun von seiten der kommunistischen Landesparteien oder aber von aussen, von seiten der sowjetischen Ueberfalls-Armeen und Luftflotten.

Natürlich haben die drei nordischen Länder, aber auch unser Land und die übrigen, nicht direkt von den englischen Blockplänen betroffenen Länder, nichts dagegen, dass die Wirtschaft allenthalben wieder floriert, dass dadurch die sozialen Spannungen reduziert, die Bedrohung durch russische «Fünfte Kolonnen» ausgeschaltet, und dass durch eine militärische Bereitschaft der «fünf Blockländer», welchen sich Italien ganz selbstverständlich anschliessen wird, auch die Bedrohung durch die russischen Millionenheere vermindert wird. Praktisch wird darum das

zu brechen versuchen werden. Ueber diese Auffassung der Russen sollte man sich klar werden.

Dass die Russen die Weltrevolution heute wieder eindeutiger als die Stichkarte ansehen — und den Krieg ohne die gleichzeitige Revolution sehr fürchten — beweist *Molotow* mit seiner *Rede an der Dreijahrzehntfeier der Ukraine in Kiew*. Da wird nochmals wiederholt, was die Russen in den Blütentagen des Sowjetismus vernahmen: dass der Kommunismus den Völkern der Welt Frieden und ein besseres Leben bringen werde. Man könnte in dieser Rede, die ja zunächst innenpolitische Zwecke verfolgt, ein Symptom der veränderten russischen Zielsetzung sehen: Verlegung der Akzente im Sinne der so lange in den Hintergrund gestellten weltrevolutionären Ideen. Man hörte während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren so wenig mehr von diesen Dingen, dass manche Beobachter glaubten, Moskau betreibe nur mehr nationalistische Politik und gehe auf den Spuren des alten Zarismus. Solche Irrtümer muss man heute widerrufen. Moskau fühlt sich einem Gegner unterlegen, der mit der vollen Wucht seiner industriellen und technisch-wissenschaftlichen Rüstung angreifen könnte. Es pflegt die Hilfstruppen in den Ländern, die morgen seine Kriegsgegner sein können. Wenn die USA. zehnmal soviel Petrol fördern als Russland und dazu das Petrol der übrigen Welt kontrolliert, um nur ein Beispiel zu nennen, muss Russland versuchen, die «Industriesoldaten» des Gegners zu kontrollieren und für sich zu gewinnen. So stellt sich heute dem Kreml die Weltlage dar.

Aber gleichzeitig wächst im Westen die Erkenntnis, dass Moskau die grosse Auseinandersetzung in dem Moment verloren hat, da ihm klar wird, wie wenig seine Propaganda unter den Massen der kapitalistischen Ländern habe. Oder umgekehrt: Wie gefährlich es für den gesamten Westen sein würde, nochmals in den Teufelszirkel von Ueberproduktion, Krise, Arbeitslosigkeit und was all die Folgen dieser Zustände sind, zu geraten. Als ein Wortführer aller Einsichtigen, welche diese Alternative begriffen haben: Ueberwindung der Wirtschaftsanarchie oder weltrevolutionäre Katastrophe, hat sich der britische Premier *Attlee* in einer weitern grossen Parlamentsrede vorgestellt. Mit beschwörender Eindringlichkeit wendet er sich an die Russen und versichert ihnen, dass in England, wie in allen andern entwickelten Staaten des Westens keinerlei Sehnsucht nach der Einführung der russischen wirtschaftlichen und politischen Ordnung bestehe. Primitiv und zurückgebliebene Völker mögen sich da nach sehnen, weil sie aus Mangel und Unterdrückung hinaus möchten.

Die Worte Attlees hören sich an wie ein erneuter Appell an die russischen Machhaber, die Situation der Welt realer zu beurteilen und zu verstehen, dass beispielsweise England den sozialen Umbau mit den friedlichsten Mitteln und unter Schonung der Menschenrechte durchzuführen vermöge, und dass es sich anbietet, den Wettbewerb mit dem russischen System aufzunehmen, ohne sie in die inneren Verhältnisse des Sowjetreichs einzumischen. Dass es sich aber gleichzeitig russische Einmischungsversuche verbitte müsse.



Mackenzie King will zurücktreten

Der kanadische Premierminister Mackenzie King gab bekannt, dass er im Sommer des laufenden Jahres seine Führerschaft der Liberalen Partei niederlegen werde.

Missbehagen im Norden, aber auch bei uns, gemildert. Es wird sich eine Form finden lassen, die zwischen der «Marshall-Hilfe für die 16 Staaten» und dem, was die fünf oder sechs Blockländer unter sich ausmachen, deutlich unterscheiden... Für die «16» wie für die «5 oder 6» bleibt aber die

Frage: Kommunismus oder nicht?
in gleicher Weise entscheidend. Die Russen wissen ziemlich genau, dass ein Krieg, auch wenn er als Blitzkrieg begonnen und Europa bis an die Atlantis, China bis ans Gelbe Meer überschwemmen würde, ein ebenso unsinniges Ereignis wäre, wie die Hitlerzüge nach allen Himmelsrichtungen es waren. Sie setzen zweifellos auch nicht auf den Krieg, es sei denn, dass sie ihn mit einer Weltrevolution koppeln können. Aber auf die Weltrevolution, auf einen Sieg des Kommunismus, als auf die «große Hoffnung der Völker», setzen sie nach wie vor. Was sie befürchten, das ist, dass die USA. dieser Revolution durch einen Präventivkrieg gegen Russland das Genick



1 Aus bisher unbekannten Ursachen gerieten bei einem Ueberholungsmanöver auf der Zürcherstrasse bei Winterthur beide Autos von der Fahrbahn und prallten gegen Bäume, die glatt umgelegt wurden. In dem voraufenden Auto (Austin) befanden sich drei Frauen, von denen Fr. Martha Merkt aus Zürich und Frau Dr. Fenner aus Zürich sofort getötet wurden. Die Lenkerin blieb unverletzt. Im nachfolgenden Buick erlitten beide Insassen Verletzungen.

1 Unser Bild zeigt den arg demolierten Austin an dem noch deutlich die Spur des abgeschlagenen Baumstamms erkenntlich ist. Die Insassen mussten vermittelst Brecheisen aus den Trümmern geborgen werden. (ATP.)



2 Den weitaus härtesten Kampf der diesjährigen Kunstlauf-Meisterschaften in Davos gab es bei den Paaren, wo die bisherigen Meister Loni und Hans Kuster nur dank eines in voller Konzentration gelungenen Vortrages ihr Championat verteidigen konnten. Vor allem gaben die Schwierigkeiten, wie diese famose Todesspirale, für die Basler den Ausschlag. (ATP.)

2 **3** Am vergangenen Sonntag fand auf dem Beatenberg das oberländische Verbandsskirennen bei schönsten Schneeverhältnissen statt. Unser Bild zeigt Hans von Weissfluh aus Gadmen, der Sieger im Langlauf der Kategorie Junioren wurde und gleichzeitig den zweiten Platz in der Viererkombination eroberte. (Photo H. von Allmen.)



3



Sensationeller schweizerischer Doppelsieg in der nordischen Kombination

Nicht weniger als acht Nationen nahmen im Sinne eines Kampftrainings auf die olympischen Spiele am Bündnerischen Verbands-Skirennen in Pontresina teil. Es war nicht etwa Niklaus Stump, der den Sieg an sich riss, sondern der junge, sich in ganz famoser Form präsentierende Alfons Supersaxo, der nicht nur Stump, sondern auch dem Norweger Olaf Dufsetz, den Schweden Eric Elmsäter und Oesterdahl das Nachsehen gab. (ATP.)



Die Schweiz schlägt Kanada 8:5 in Basel



Staatsrat Lucien Rubattel, der waadt-ländische Militärdirektor, gedachte anlässlich der 150 Jahre unabhängiges Waadtland in einer Rede der waadt-ländischen Toten der beiden Weltkriege. Im Hintergrund das Denkmal für die während der beiden Weltkriege im Aktivdienst verstorbenen Wehrmänner von Lausanne. (Photopress.)



In den skandinavischen Ländern sind die nicht ebenbürtigen Ehem der königlichen Prinzen recht zahlreich: vielleicht sind sie ein Zeichen echter Demokratie. Als neuester «Fall» ist die Verlobung des Prinzen Oluf von Dänemark, eines Vetters des Königs, mit der 21-jährigen Tochter eines Bureauchefs im Finanzministerium zu verzeichnen. Am 4. Februar findet die Hochzeit statt. Unser Bild zeigt die glückliche Braut, Annie Puggaard Müller mit ihrem Bräutigam. Sie werden nach der Verehelichung den Namen einer Gräfin Rosenberg annehmen. Fräulein Müllers Bruder ist ein Freund des Prinzen, mit dem er während der deutschen Besetzung in der Untergrundbewegung zusammenarbeitet hatte. (ATP.)

← Endlich ist der grosse Coup gelungen: in einem rasanten, von den Schweizern in bravouröser Manier überlegen gespielten Match musste die kanadische Olympiavertretung eine 8:5-Niederlage einsacken. Dieser Schweizer-Sieg wird durch die Tatsache untermauert, dass er nicht durch Zufall, sondern durch eine wahre Glanzleistung entstand. Unser Bild zeigt von links nach rechts die Schweizer Boller, Ruedi, und Bieler im Kampf mit dem Kanada-Stürmer Hibbert. (ATP.)